

Politische Uebersicht.

Beipzig, 30. October.

Herr Sonnemann der Chef der demagogischen Filiale der sächsischen (sogen. „deutschen“) Volkspartei zu Frankfurt am Main, liebt es in seiner souveränen Omnipotenz, den gemäßigteren Anhängern der Demokratie gelegentlich Ermahnungen und „Wischer“ zu ertheilen. Die Polemik des genannten Politikers, dessen Uebelwollen gegen das deutsche Reich aus dem Umstande resultirt, daß es für den Frankfurter Börsen-Krieg keine österreichischen Kaiserducate mehr zu beschneiden giebt, richtet sich neuerdings wieder gegen die Fortschrittspartei, die sich denn auch wohlwollende Rathschläge und Ermahnungen von oben herab gefallen lassen muß. Das Organ des Herrn Sonnemann, die demagogisch-platonisch-französisch gekunte „Frankfurter Zeitung“, schreibt neuerdings:

In einem einleitenden Artikel über den bevorstehenden Parteitag der Fortschrittspartei äußert sich die „Berl. Volksztg.“ wie folgt:

„Jedenfalls ist jetzt die Fortschrittspartei an einem Wendepunct angelangt, wo es ihr entweder gelingt, sich für die weitere Entwicklung und die damit verbundenen nationalen und staatlich-gesamten Demokratie zu erweitern, oder wo sie ihrer allmählichen Zerbröckelung entgegengeht. Günstig stehen hierbei für sie die Aussichten insofern, als sie wenigstens im Plenum und bei der Schlussabstimmung über das Socialisten-gesetz einmütig für die volle Aufrechterhaltung der demokratischen Grundrechte, der freien Vereinigung und der freien Presse, eingetreten ist und auch sonst in ihren Traditionen wenigstens gewisse Volkserforderungen, wie Schenkergerichte, Ertheilung der Diktan an die Reichstagsabgeordneten, nicht verstoßen hat und sich zur Aufhebung dieser Forderungen bisher nicht durch Compromisse hat bestimmen lassen. Ungünstig dagegen sind die Aussichten, weil sie andere demokratische Forderungen, wie die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf die Landtage und die Communalwahlen, bisher aus Opportunitätsrücksichten theils zu sehr hat zurücktreten lassen, theils sogar, wie bei den Abkündigungen für die preussische Kreis- und Provinzialordnung, direct verweigert hat. Ungünstiger, weil sie, soweit wir zu sehen vermögen, in socialen und wirtschaftlichen Fragen selbst innerlich zerklüftet ist und es sehr schwer halten wird, hier in dem Programm eine Stellung einzunehmen, welche die bisherige parlamentarische Fraktion zusammenhält und doch zugleich geeignet ist, die Massen wieder um das Parteibanner zu schaaren. Jedenfalls wiegt aber die politische Nothwendigkeit, daß wir einer solchen echt demokratischen, aber nicht revolutionären Partei dringend bedürfen, und der berechtigete Wunsch, daß diese Aufgabe der Fortschrittspartei als der durch ihre Vergangenheit am meisten dazu berechtigten und darum auch wohl bestgeeigneten zufallen möge, schwerer als der Wunsch, die gegenwärtige parlamentarische Fraktion in ihrem Bestande zu erhalten.“

Wir glauben — läßt Herr Sonnemann durch sein Bureau vernehmen — daß die Erfahrungen der letzten Jahre vom Beginn des Kulturkampfes bis zu dem unglückseligen Fiktionspiel des Hanel'schen Antrags weber für die Befähigung noch für die Berechtigung sprechen, die hier dem Fortschritt so zuversichtlich vindicirt wird. Nicht desto weniger begleiten wir das Programm der „Volksztg.“ mit unseren besten Wünschen, wollen aber nicht verkennen, daß die erste Bedingung des Gelingens einer Reorganisation des Fortschritts der entschiedene Sieg der Partei über die parlamentarische Fraktion ist. Am Mindesten müßte der letzteren in bestimmter Weise Klar gemacht werden, daß sie weder die Partei ist, noch über dieselben steht.

Die fortschrittliche Presse wird doch wohl die Antwort dem Frankfurter „Katermann“ nicht schuldig bleiben.

Durch die Blätter gingen in den letzten Tagen Notizen über eine Erschütterung der Stellung des preussischen Finanzministers, der in seinem Amte auf große Schwierigkeiten stößt. Wir können versichern — schreibt die „Post“ — daß derartige Behauptungen völlig grundlos sind, ebenso die Annahme, daß die Situation, welche Herr Poebrecht bei Uebernahme seines Amtes vorgefunden und die ihm allein die Annahme desselben ermöglicht hat, eine Aenderung erfahren habe. Auch eine andere Behauptung ist irrig, nämlich, daß die Entscheidung über die künftige Stellung des Ministeriums für Handel und Gewerbe zweifelhaft gewesen sei, da jetzt die Absicht vorliegt, diesen Verwaltungszweig dem landwirtschaftlichen Ministerium unterzuordnen. Bereits im Laufe des Sommers hat das Staatsministerium über die betreffende Angelegenheit Beschluß gefaßt und für denselben, als Grundlage für den Staatshaushalt, die Allerhöchste Genehmigung eingeholt. Der leitende Gesichtspunct, aus welchem der damalige Entschluß entsprang, nämlich die Verbindung für Handel und Gewerbe mit der gleichartigen Reichsverwaltung zu verbinden, schließt die Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Ministerium aus.

Wenn nur diese Hoffnung erst verwirklicht wäre!

Der badische Landtag ist wieder zusammengetreten. Beide Kammern beschließen die Abfertigung von Deputationen an Se. Majestät den Kaiser Wilhelm und an Se. königliche Hoheit den Großherzog. Vom Minister des Innern wurden Gesandtschaften über die sächsischen Gemeindesteuern und die Anstellung von Lehrerinnen, vom Justizminister Gesandtschaften über ein neues Forst-Strafgesetz und über das Rechtsverhältnis der Richter vorgelegt. Die Abgeordnetenkammer wählte Lamey durch Acclamation wieder zum Präsidenten.

Die Vorgänge im Orient sind an anderer Stelle ausführlicher beleuchtet. Telegraphisch wird gemeldet:

Konstantinopel, 29. October. Der russische Botschafter Fürst Bobanoff, soll sich in Folge einer an ihn ergangenen Berufung in den nächsten Tagen nach Sibada begeben.

Wien, 29. Octbr. Meldungen der „Polit. Correip.“ aus Bukarest: Dem Einmarsch der rumänischen Truppen in die Dobrudscha steht kein wie immer geartetes Hinderniß entgegen. Der Einmarsch wird, wie die Regierung entschieden hat, gleichzeitig mit der Abreise der zur Uebernahme bestimmten Commission erfolgen. Die Vertreter Rumäniens in Petersburg und Konstantinopel, Ghita und Demeter Bratianno, haben sich auf ihre Posten begeben.

Das innere politische Leben in Oesterreich-Ungarn ist durch die Orientpolitik Graf Andrassy's in eine vollständige Verumpfung gerathen. Erst die Parlamente der Doppelmonarchie werden im Stande sein, gesunde Strömungen hervorzubringen. Heute meldet der Telegraph:

Wien, 29. October. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Abgeordnete Kopp begründete seinen Antrag auf Erlass einer Adresse an den Kaiser und auf Ueberweisung dieses Antrages an einen aus 18 Mitgliedern bestehenden Ausschuss, welcher bis zum 2. November seine Anträge stellen soll. Großkollari und Hohenwarth erklärten, Erklärer im Namen der Polen und Vertreter im Namen der Partei der Rechten, daß sie mit dem Wortlaut der vorgeschlagenen Adresse principiell nicht einverstanden seien und daß sie deshalb dagegen stimmen würden. Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses von 18 Mitgliedern wurde mit 142 gegen 78 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten nur die Partei der Rechten, die Polen, die Ruthenen und ein Theil des Centrums. Der Antrag, daß der Ausschuss bis zum 2. November über die Adresse berichten soll, wurde mit 139 gegen 86 Stimmen angenommen. Ein Antrag auf Oeffentlichkeit der Ausschuss-Sitzungen wurde abgelehnt.

Bei den Communalratswahlen in Belgien wurden in Walines, Arlon, Antwerpen, Dassel, Pierre, Rons, Ramur, Charleroi, Dieff, Dismade, Tongres, Tournai, Waare, Ypern und Geelo die Candidaten der liberalen, in Ribelles, Engbien und Koulers die Candidaten der ultramontan-katholischen Partei gewählt.

Versailles war am Montag bei der Wiederöffnung der Kammern sehr lebhaft. Die republikanischen Deputirten und Senatoren tauschten vielfach Eindrücke aus der Provinz aus und besprachen im Allgemeinen in ihren Kreisen die beste Auserwählung. Die Resultate der Deputirtenwahlen sind noch sehr unvollständig bekannt. Erst aus einigen Departements sind sichere Nachrichten eingegangen, die für die Republikaner günstig lauten; so haben in dem bisher conservativen Departement du Nord die Republikaner die Majorität gewonnen. Die Kammer-Sitzung selbst war ohne Bedeutung. Die nächste beginnt mit der Prüfung der Wahl Cassagnac's. — Reactionäre Pariser Blätter melden, daß mehrere Generale bei dem Marschall Mac Mahon Beschwerde über die Angriffe geführt haben, welche das Journal Gambetta's wider Officiere macht, welche bei den Kriegserrichtern functionirten. — Der „Temps“ veröffentlicht ein Circular des General-Gouverneurs von Paris, worin die Corpscommandanten angewiesen werden, ein strenges Augenmerk auf eine Art von religiösem Geheimniß zu haben, welche unter dem Namen Legion de St. Maurice in den Reihen der Armees Propaganda zu machen sucht und bereits viele Anhänger gewonnen hat. — Die Gazette des Tribunaux veröffentlichte aus den Acten des letzten Pariser Socialisten-Congresses am 25. October folgendes Schreiben, welches von einem spanischen Revolutionair, Namens Duinones, an einen der Theilnehmer des Congresses gerichtet war:

„Madrid, 21. August. Ich bedauere lebhaft, daß wir uns auf dem socialistischen internationalen Congress in Paris nicht vertreten lassen können, denn wir sind mit dem Werke der Revolution sehr beschäftigt (es nous sommes tres-occupes a la besogne de la revolution...). Sie können uns hinsichtlich der concreten Punkte des allgemeinen Principes des collectivistischen föderativen Socialismus vertreten. Wir sind vor Allem revolutionaire ausübende Socialisten (socialistes revolutionaires pratiques) in wirtschaftlicher Beziehung Collectivisten, in der Politik: die Commune als Regierungsform und die Föderation mittelst der Solidarität...“

„Dieser Brief“, bemerkt der Pariser Moniteur, „stellt in unumstößlicher Weise die zwischen dem spanischen und dem französischen Socialismus bestehende Solidarität fest.“

Die „Republique française“ des Herrn Gambetta befreitet — auch nach dem Pariser Socialistenproceß —, daß es überhaupt in Frankreich Socialdemokraten gebe, und die „Republique française“ des Herrn Sonnemann in Frankfurt a. Main, die „Frankfurter Ztg.“, nimmt — bemerkt farbonisch die „N. N. B.“ — ihre Zuflucht zu der Strategie der socialdemokratischen Presse Berlins nach dem Hölhel'schen Attentat, indem sie den Reichsminister von Cassi — wenn auch zunächst mit vorsichtiger Vorsicht — als Polizeifigur hinstellt.

Der Friede mit Rom.

Nachdem seit längerer Zeit die widerspruchsvollen Nachrichten über die Beziehungen zwischen dem Vatican und der deutschen bez. preussischen Regierung im Schwunge sind, bezeichnet jetzt die „Germania“ den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit wie folgt: Es ist nicht richtig von einem Abbruch der Verhandlungen zu reden; allerdings haben die Rißinger Verhandlungen zu einem Resultate nicht geführt; es sind in dessen von Papst Leo XIII. Propositionen gemacht worden, auf welche bis jetzt, wie wir annehmen, wir dürfen glauben, seitens der preussischen Regierung noch keine Antwort erfolgt ist. Das ultramontane Blatt macht diese Meldung mit der Miene voller Sicherheit, und wir sehen in der

That keinen Grund, weshalb man sie für unzuverlässig halten sollte. Das ganze Interesse würde sich demnach vorläufig auf den Inhalt der päpstlichen Propositionen concentriren. Weiter läßt die „Germania“ es darüber an jeder Anekdote fehlen. Aber nach verschiedenen Ansichten zu schließen, sind die Vorschläge nicht derart, daß eine annehmende Antwort erwartet werden kann. In erster Linie haben wir hier das Verhalten der Centrumpartei während der letzten Reichstagsession im Auge. In derselben war zwischen Anfang und Ende der Session ein merkwürdiger Unterschied zu beobachten. Eine oppositionelle Stellung nahm das Centrum zwar von vornherein ein, aber während seine Haltung Anfangs eine höchst reservirte und durchaus sachliche war, wurde gegen Ende der Session der allbekannte aggressive Ton mit einer Schärfe angeschlagen, wie sie nur in den bewegten Zeiten des „Kulturkampfes“ zu hören war. Der zufällige Umstand, daß Herr Windthorst am Beginne der Session im Reichstage nicht anwesend war, genügt sicherlich nicht zur Erklärung dieser Erscheinung, ganz abgesehen von der nicht eben fernliegenden Vermuthung, daß für jene Abwesenheit außer häuslichen auch andere Gründe bestimmend gewesen sein könnten, Gründe, welche jenen Unterschied nur noch bedeutamer machen würden. Man hat das ererbte Auctoritätswort ganz auf das Gesehene der neulebenden weltlichen Action setzen wollen. Aber dem steht die am vorliegenden Tage der Session gehaltenen Rede des Führers der weltlichen Ultramontanen entgegen, eine Rede, in welcher die Windthorst'schen Invektiven fast noch überboten wurden. Sollte man wirklich glauben, daß der „Geb. Kämmerer Sr. Heiligkeit des Papstes“ v. Schorlemer diese Sprache geführt haben würde, wenn man im Vatican an ein entgegenkommendes Eingehen der preussischen Regierung auf die päpstlichen Propositionen geglaubt hätte? Wir vermüthen stark, auch Herr Windthorst fürchtete nicht, im Vatican zu mißfallen, wenn er am 14. October sagte: „Meine Herren, bloß mit Worten sagen, man wünsche den Kulturkampf beseitigt, einige angenehme Worte darüber wechseln, diese oder jene Conversation einleiten, das heißt nicht, den ersten Versuch machen, den Kulturkampf zu beseitigen. Wenn man den Kulturkampf beseitigen will, dann muß man ernste annehmbare Propositionen machen; man muß dann nicht Alles, was in dieser Richtung etwa geschieht, in das tiefste Dunkel hüllen, damit ja nicht das volksthümliche Rechte dessen, was geschieht, zu Tage kommt; man muß dann vielmehr klar und bestimmt Das hinstellen, was man will. Dann wird man wissen, ob es wirklich Ernst mit einem Ausgleich ist. Heute ist es nicht Ernst mit der Beseitigung des Kulturkampfes. Es ist wohl Ernst, den Versuch zu machen, die unannehme Centrumsfraktion in sich oder mit den Wählern in Misshalt zu bringen; aber es ist nicht Ernst mit dem Ausgleich; denn man macht offenbar keine annehmbaren Propositionen.“ Das Herr Windthorst mit diesen Worten nicht auf eigene Faust auftrat, daß er vielmehr Fühlung mit Rom hatte, erhebt jetzt aus einer in ultramontanen Kreisen fest für besonders beachtenswerth gehaltenen römischen Correspondenz des „Journal de Bruxelles“, in welcher es heißt: „Hat nun Fürst Bismarck sich zur Entgegennahme der Vorschläge Roms nur in der Absicht bereit erklärt, um sich die Unterstützung der Katholiken im Parlament zu verschaffen, mit dem Vorbehalt, sie dann zu verlassen und wiederum zum „Kulturkampf“ zurückzukehren? Das Verhalten der Katholiken des Centrums legt diese Annahme nahe.“ — Aus alledem scheint und hervorzugehen, daß das Verhalten der Centrumpartei gegen Ende der Session keineswegs eine wirkliche Opposition gegen die Politik der römischen Curie bedeutet, sondern vielmehr die eigene Bestimmung der letzteren über die Nichtannahme der päpstlichen Propositionen zum Ausdruck brachte. Ganz hat man freilich allem Anscheine nach die Hoffnung noch nicht aufgegeben, allein zu welchem Zwecklichen Mitteln man bereit greift, zeigt folgende weitere Stelle der erwähnten römischen Correspondenz: „Bischof ist Fürst Bismarck, angeht die Gefahr, welche dem Reiche seitens des deutschen Socialismus droht, zu der trügerischen Uebersetzung gelangt, daß ein Gleich zur Ueberwindung dieser Gefahr ausreichen werde. Wenn Dem so wäre, dann dürften ihm die Socialisten den Beweis liefern, daß er sich nicht nur geirrt, sondern daß er auch nicht klug daran gethan, wenn er die hülfsreiche Hand Leo's XIII. nicht sofort ergreift.“ Also wieder einmal, wenn auch in verbüllter Form, die Drohung mit der Revolution! — Wenn die „Germania“ ihrerseits zu dem Schlusse kommt, daß betreffs einer befriedigenden Antwort (befriedigend im ultramontanen Sinne) der preussischen Regierung nur geringe Hoffnungen zu hegen seien, so mag sie Recht haben. Nicht Recht aber hat sie mit der Behauptung, man werde gegen den apostolischen Stuhl niemals den Vorwurf erheben dürfen, den Frieden nicht gewollt zu haben. Es giebt eben auch „Friedensvorschläge“, die eine Verständigung unmöglich machen.

Berliner Briefe.

Berlin, 29. October. (Die deutsche Regierung zum Berliner Vertrage. Unsichere Minister-Portefeuilles. Verhältniß der Goldmünzen zu den Silberthalern in den öffentlichen Cassen. Enquete über Gefängnisarbeit. Die Entziehung der Volkswirtschaftlichen Vereinigung. Berliner Gewerbeausstellung für 1879.)

Man schreibt von mehr als einer Seite dem bisherigen Auswärtigen Amte eine rege Thätigkeit gegenüber der neuen Waise in den orientalischen Wirren zu. Heute wollte man sogar wissen, daß unser Botschafter in London, Graf Münster, angewiesen worden sei, in dem Foreign Office Einspruch gegen die Demonstrationen der Partei zum Wiederbeginn des Krieges zu erheben, weil Ausland dadurch verhindert werde, den Berliner Vertrag auszuführen. Hingegen wird, daß sich die deutsche Regierung dem englischen Vorschlage abgeneigt zeige, Ausland zu einem correcten Verfaß aufzufordern, daß sie vielmehr zu einem Collectivschritt der Mächte in Konstantinopel rathe. Man wird gut thun, diese Nachrichten mit Vorsicht aufzunehmen. Nach den uns zumkommenen Mittheilungen wird hier die Lage im Orient nicht als bedrohlich aufgefaßt und die deutsche Diplomatie zeigt sich am wenigsten geneigt, heute schon durch irgend einen Act den Beweis zu führen, daß sie die Lebensfähigkeit des Berliner Vertrages als erschüttert betrachtet. — Es ist bezeichnend dafür, wie wenig consolidirt doch unsere innerpolitischen Verhältnisse sind, daß die Gerüchte über die gefährdete Stellung des preussischen Finanzministers (Gerüchte, von denen auch heute noch behauptet werden kann, daß sie auf jeden Fall verfehlt sind) noch immer nicht einschlafen, und daß zudem alle Welt erzählt, auch der Präsident des Reichsanlagenamts, Herr Hofmann,

gedenke von seinem wenig dankbaren Posten zu scheiden. Dazu kommt ferner, daß das Entlassungs-gesuch des Cultusministers Fall keineswegs definitiv zurückgepfogen, sondern noch jetzt in der Schwebe befindlich ist, und man sich nicht sehr wundern darf, wenn vielleicht schon die nächsten Monate eine für das Bleiben des Ministers ungünstige Entscheidung bringen. Und zwar sollen weniger die kirchlichen Fragen Herrn Fall seine Stellung verleiden, als die unwiderstehlichen Hindernisse, welche sich der Vollendung des Unterrichts-gesetzes darbieten, für das er sich nun einmal engagirt hat. — In der „Nat. Ztg.“ wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Enquete über den Cassenbestand an Goldmünzen und Silberthalern, welche gegenwärtig vorgenommen wird, eine jährlich wiederkehrende ist, der eine außerordentliche Bedeutung, etwa für die bevorstehende Einziehung der Thaler, nicht beizulegen ist. Wenn wir nicht irren, war es gerade die „Nat. Ztg.“, welche diese jetzt zurückgewiesene, falsche Ansicht in Umlauf gesetzt hat. Ein Blick auf eine der betr. Verfügungen, z. B. die des Justizministers, welche ausdrücklich sagt, daß, wie in den Vorjahren, eine Uebersicht gemacht werde, hätte von dem Ungrunde der Meinung überzeugen müssen, daß es sich hier um eine vorbereitende Maßregel für die Einziehung der Silberthaler handle. — Der bleibende Ausschuss des Deutschen Handeltages hatte sich bekanntlich durch die seit Jahren in gewerbetreibenden Kreisen erbobenen Beschwerden über die nachtheilige Einwirkung der Gefängnisarbeit auf die gewerbliche und industrielle Privatarbeit veranlaßt gesehen, an die Mitglieder des Handeltages eine Umfrage über diesen Gegenstand zu richten. Das gesammte Material über die Zahl der in den einzelnen Anstalten beschäftigten Gefangenen, über Gattung und Menge der verarbeiteten Handarbeit, über die von den Unternehmern für die Arbeit gezahlten Löhne, sowie über das vorgeschriebene und das wirklich geleistete Tagespensum der Sträflinge befindet sich jetzt in den Händen der Fragesteller. Weitauß der größte Theil der gewerblichen und Handels-Corporationen, welche Untersuchungen angeht, haben, ist von der beabsichtigten nachtheiligen Einwirkung durchaus überzeugt, dagegen haben die von anderen in ihren Bezirken angefertigten Ermittlungen ergeben, daß ein nachtheiliger Einfluß der Gefängnisarbeit auf die gewerbliche und industrielle Privatarbeit nachweisbar ist. In diesem Resultate kommen z. B. die Vorsteher der Stettiner Kaufmannschaft, im Regierungsbezirk Stettin fabricirt überhaupt keine Strafanstalt Handarbeit für eigene Rechnung; soweit die Sträflinge mit der Herstellung von Handarbeit beschäftigt werden, ist die Arbeit an Unternehmern vergeben. Hierbei hat sich nach Ansicht der vorgenannten Corporation auch herausgestellt, daß es durchaus unzulässig sei, die von den Unternehmern an die Anstalten gezahlten Löhne mit den für freie Privatarbeit gezahlten Löhnen zu vergleichen, um dadurch zu beweisen, daß die freie Arbeit die Concurrenz der Gefängnisarbeit nicht bestehen könne. Nach den von Stettiner Unternehmern gemachten Erfahrungen sei die Fabrication in den Strafanstalten in Folge ungeschickter oder lässiger Arbeit, schlechter Behandlung der Werkzeuge, Vergeudung des Rohstoffes und häufiger Unterbrechung durch die Hausordnung vielfach durchaus unrentabel. Dies treffe namentlich bei solchen Anstalten zu, in welchen jenseit Gefangene inhaftirt sind, welche nur eine kurze Strafe zu verbüßen hätten. Weit richtiger als nach einer Vergleichung der Löhne werde sich der Einfluß der Gefängnisarbeit nach statistischen Ermittlungen beurtheilen lassen, welche feststellen, in welchem Maße in einem bestimmten Fabricationszweige freie Arbeit und Gefängnisarbeit mit einander concurrirt. Sollte sich dabei herausstellen, daß in einer Branche die letztere im Verhältniß zur ersteren sehr stark auftritt, so dürfte die erste Einschränkung geboten sein. Derartige statistische Ermittlungen sind übrigens anderweitig bereits empfohlen und auch angefaßt worden, und wenigstens bei der Kleinindustrie scheinen sie in verschiedenen Zweigen eine zu starke Concurrenz der Gefängnisarbeit zu ergeben zu haben. — Die innere Geschichte der Entziehung der Volkswirtschaftlichen Vereinigung und was in der oft erwähnten Sitzung im Reichstage vorging, wird erst geschildert werden müssen. In Betreff der letzteren möchten wir nur ansetzen, daß der Abgeordnete Freiberger v. Mirbach (Nippen) den Antrag stellte, die Coalition der Landwirthe mit den Industriellen wegen der Gemeinamkeit vieler ihrer Interessen in das Programm aufzunehmen. Der Abg. Lüders (Sülich) sprach sich gegen die Vermengung aus, indem er meinte, daß alle Agrarier politische Reactionäre seien. Abg. Dr. Hammacher bemerkte dagegen, daß die Volkswirtschaftliche Vereinigung mit diesen nicht zu thun haben wolle. Nachdem Dr. Hammacher sich der Zustimmung der Abg. Dr. Löwe, Freikern von Barnhäber, von Schorlemer-Kitt u. A. versichert hatte, wurden nur noch wenige Abänderungen an dem Entwurfe der Erklärung vorgenommen. Der Abg. von Barnhäber milberte denselben in einem Punkte, während Abg. v. Schorlemer-Kitt es unternahm, seine Partei für die Annahme der Erklärung zu gewinnen. Einige Mitglieder der Fortschrittspartei, welche den Standpunct der sächsischen demokratischen Abg. Kopper und Dade theilten, sahen von der Veröffentlichung des Schriftstückes ihre Unter-schrift zurück. Seitens der Mitglieder der Volkswirtschaftlichen Vereinigung wird übrigens anerkannt, daß Dr. Löwe's Bemühungen seit 4—5 Jahren unablässig dahin gingen, einen Compromiß zwischen den Parteien auf der Basis von Finanzjollen zu erzielen. Daß die Regierung sich diesem Standpunct jetzt mehr als je genähert hat, beweist der Umstand, daß im Reichsanlagenamt die bezüglichen Gesandtschaften ausgearbeitet werden. — Von allen Seiten wird dem ins Leben getretenen Unternehmen der Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1879 das größte Interesse entgegengebracht. Es werden nicht nur von der industriellen Bevölkerung Berlins alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Plan in seiner ganzen Ausdehnung würdig auszuführen, sondern auch die Behörden unterstützen die Gesellschaft nach besten Kräften. Schon erheben sich die ersten Anfänge des umfangreichen Baues, das Bureaugebäude ist bereits fertig und die Gartenanlagen sind in der Ausführung begriffen. Der Finanzplan kann nicht durch eine Mehrausgabe überschritten werden, weil der Bauvertrug bereits abgeschlossen ist. Durch die theilweise Vermengung des hiesigen Bauwerks mit dem hiesigen wird eine Ersparnis von 100,000 A erzielt. Die Herstellung des Gebäudes von neuen Materialien würde 1—500,000 A Kosten verursachen haben. Es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß der Staat sich durch Auslieferung von Brämen und durch Ernennung einer Preisjury an dem Unternehmen beteiligen wird, während von der Gesellschaft die Vertheilung von Diplomen beschlossen worden